



Andreas Thiesen

Konservative Blaupause: Warum Merz' „Stadtbild“ in Wirklichkeit ein Selfie war

Als die Berliner Band K.I.Z. vor fast 20 Jahren den Titel „Was willst Du machen?!“ veröffentlichte, nahm sie nicht nur die Figur des „Talahon“ vorweg, das mediale Zerrbild des jungen migrantischen Kleinganoven, sondern auch Friedrich Merz' jüngste Auslassungen zum „Stadtbild“: „Du Opfer, was willst Du machen? Überall sind Kanacken. Deine Mama soll losgehen und die Wertsachen wegpacken“, heißt es im Refrain. Der Text karikiert die Ängste der sogenannten Bio-deutschen, als dessen kultureller Patron der Bundeskanzler sich aktuell einmal mehr empfiehlt. Zur Erinnerung: Während seines Antrittsbesuchs in Brandenburg unterstrich er seine Verdienste „bei der Migration“, gab jedoch zugleich zu bedenken, dass es „natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem“ gebe und der Bundesinnenminister sich deshalb bemühe, „jetzt in sehr großem Umfang auch Rückführungen zu ermöglichen und durchzuführen“.

Soweit die von der Merz-CDU ausgegebene Strategie, den ungebrochenen Aufstieg der Rechtsradikalen mit deren genuinen Mitteln aufzuhalten. Sie steht in der populistischen Tradition von „Pascha“-Analogien, hoch frequentierten Zahnarztpraxen oder, weiter zurückliegend, Jens Spahns Unbehagen in englischsprachig geführten Berliner Restaurants. Deutlicher als sonst kommt in der Stadtbilddebatte also eine tief verwurzelte ideologische Überzeugung in Teilen der Union zum Ausdruck, die auf ein besorgniserregendes politisches Projekt schließen lässt: Die Frage liegt nahe, ob der Kanzler gezielt provoziert, um neurechte Mehrheiten im Bund zu testen. In diesem Fall hätte Merz nicht über die Stadt gesprochen, sondern lediglich sein eigenes Stadtbild einer homogenen, assimilierten Gesellschaft – fast ist man geneigt, Gemeinschaft zu sagen – konturiert.

Friedrich Merz ist stadtpolitisch bisher nicht in Erscheinung getreten. Seine Äußerungen zum „Stadtbild“ weisen keinerlei Expertise auf diesem Gebiet aus. Umso mehr bietet die Diskussion Gelegenheit, auf die zivilisatorischen Errungenschaften hinzuweisen, die unsere Städte heute auszeichnen. Doch was Merz sieht, wenn er über die Stadt nachdenkt, ist keine widersprüchliche, dichte und Synchronität erlaubende Kultur des öffentlichen Raums, es ist die ihm vertraute sauerländische Landschaft. Merz blickt auf sich selbst, wenn er über die Stadt spricht. Seine Bereitschaft, die Stadt als Ort der Fremdheitserfahrung zu entdecken, ist stark limitiert. Indem er zwischen dem imaginierten Urdeutschen, Vater mehrerer Töchter und dem herbeihalluzinierten Fremden unterscheidet, spricht er nennenswerten Teilen der Gesellschaft nicht nur den deutschen Pass ab, sondern der Stadt

ihre historische Funktion als „Integrationsmaschine“.

Aus diesem Grund darf die Debatte auch nicht am Aufenthaltsstatus hängen bleiben: Das Vorbild der Sanctuary Cities hat gezeigt, dass Städte ihre politische Verantwortung als Zufluchtsorte für schutzsuchende Menschen wahrnehmen. Auch wenn eine deutliche Mehrheit der Deutschen der Einschätzung von Friedrich Merz zum „Stadtbild“ zustimmt, sollte sich progressive Politik davor hüten, über das rechtskonservative Stöckchen des „Sicherheitsproblems“ zu springen. Politische Entscheidungen sollten nicht von gefühlten Wahrheiten geleitet werden. Das Demokratieverständnis hat hierzulande in den letzten Jahren ohnehin schweren Schaden genommen: Weder geht es darum, dass Politiker ihre „Hausaufgaben machen“, noch müssen sie in Interviews pflichtschuldig bekennen, „verstanden zu haben“, was xenophobe Mehrheiten fordern. Ein Parlament ist nicht die Exekutive. Feministische Stadtkonzepte kritisieren dagegen zu Recht eine Stadtplanung, die auf weibliche Bedürfnisse nie viel gegeben hat. Merz adressiert in Wahrheit einen Genderdiskurs, keine ethnischen Parameter. Junge Männer frequentieren die Städte, weil es in ihren Herkunftsmilieus zu eng ist. Was es deshalb braucht, sind progressive Konzepte zur Wohnungspolitik, zu öffentlichem Raum und zur Lichtarchitektur.

Die Vorstellung, dass sich das „Stadtbild“ in 20 Jahren noch heterogener, internationaler und transkultureller präsentieren wird, findet in Merz' ideologischem Gedankengebäude keinen Platz. Eine vielfaltsbejahende Stadtentwicklung würde den deutschen Metropolen gut zu Gesicht stehen, vorausgesetzt, die schwarz-blauen Masterpläne bleiben bis auf Weiteres in den staubigen Schubladen rechts-konservativer Abgeordnetenbüros. Angesichts des gesellschaftlichen Rückhalts für Merz' Positionen – in einer aktuellen Umfrage zur Bundestagswahl kommen AfD und CDU zusammen auf 50 %, in dieser Reihenfolge – empfiehlt es sich allerdings, dieser Hoffnung Nachdruck zu verleihen und das „Recht auf Stadt“, wie es der Philosoph Henri Lefebvre einst formulierte, politisch einzufordern.



Prof. Dr. Andreas Thiesen
Fachbereich Sozialwesen | Hochschule
RheinMain, Wiesbaden